

— LANDESVERTEIDIGUNG —

Neutral, europäisch und klug

Bei der Angelobung der neuen Regierung nannte Bundespräsident Alexander Van der Bellen als ersten seiner sieben Aufträge, „eine kluge Friedens- und Verteidigungspolitik“ zu etablieren, „die die Interessen Österreichs, der Europäischen Union und unseren Frieden schützt“. Wird das Kapitel Landesverteidigung im Regierungsprogramm diesem Auftrag gerecht?

Siegfried Albel, Oberst i. R. des Österreichischen Bundesheers und Vorstand der Interessengemeinschaft Berufsoffiziere (IGBO), beantwortet diese Frage im FURCHE-Gespräch mit Ja: „Mit diesem Programm besteht die Möglichkeit, die Probleme, die verteidigungspolitisch sowohl im geopolitischen Rahmen als auch wirtschaftlich auf nationaler Ebene vor uns liegen, lösen zu können.“ Vor allem der Punkt Personaloffensive im Kapitel Landesverteidigung ist laut Albel ein Grund für Optimismus.

Personalfahrt stoppen

30 Jahre kämpfte die IGBO dafür, dass Bundesheeroffiziere, von denen als Dienstkriterium ein Studienabschluss verlangt wird, auch diesem Ausbildungsgrad entsprechend eingestuft und entlohnt werden. Bis dato war das nicht der Fall, mit der beschlossenen Übergabe der Personalhoheit an das Verteidigungsministerium wird diese Ungleichbehandlung beendet. Für Albel ein überfälliger Schritt, um der „Personalfahrt“ im Bereich der Berufsoffiziere entgegenzutreten, „uns laufen sonst die Leute davon“.

Damit es insgesamt beim Bundesheer runder läuft, bekennt sich die Dreierkoalition im Regierungsprogramm dazu, den Aufbauplan des Bundesheeres „konsequent“ weiter umzusetzen und die in der vorigen Legislaturperiode begonnene Nachrüstung fortzusetzen. Bis 2032 soll das Verteidigungsbudget auf über zehn Milliarden Euro und damit zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes angehoben werden. Von

Donald Trumps Vorgaben für die NATO-Aufrüstung ist man damit weit entfernt, aber für österreichische Verhältnisse ist diese Größenordnung ein den unsicheren Zeitläuften geschuldeter Quantensprung.

Statt einer Verlängerung des Grundwehrdienstes behilft man sich mit einer „Bereitschaftstruppe zur bundesweiten Erstreaktion mit strukturierten Kräften“, um auf überraschend auftretende Bedrohungen rasch reagieren zu können.

Neben einem knappen Bekenntnis zur Neutralität betont man „die Zusammenarbeit und Solidarität innerhalb der EU“. Im Unterschied zu einer Regierung mit der FPÖ wird damit auch das österreichische Engagement beim europäischen Luftabwehrschirm Sky Shield nicht infrage gestellt. *(Wolfgang Machreich)*



Die Koalitionsspitzen zu Wochenbeginn bei der Präsentation des Regierungsprogramms mit schwarz-rot-pinken Handschriften.

Foto: APA / Hans-Klaus Teich

— ASYL & MIGRATION —

Raue Sprache, aber im EU-Einklang

Am Anfang des Themenblocks Sicherheit im Regierungsprogramm steht das Kapitel Asyl und Migration. Vor dem Kapitel Innere Sicherheit, vor dem Kapitel Landesverteidigung und vor dem Thema Integration – interessante Reihung und eigenartig, dass Asyl und Migration nicht in direktem Zusammenhang mit Integration zur Sprache kommen. Von der FURCHE nach einer Analyse des Asyl- und Migrationskapitels gefragt, stößt sich Lukas Gahleitner-Gertz, Sprecher und Asylrechtsexperte der Asylkoordination Österreich, an den einen oder anderen „nicht ganz stimmigen Vorhaben“. Als ein Beispiel, das besonders heraussteche, nennt Gahleitner-Gertz folgenden Widerspruch: Einerseits werde seitens der Regierung stets betont, man wolle die irreguläre Migration bekämpfen; andererseits wird laut Regierungsprogramm

ausgerechnet der Familiennachzug mit sofortiger Wirkung gestoppt, obwohl das die einzige reguläre Migration ist, die in diesem Bereich stattfindet. „Diese Attacke auf den Familiennachzug ist nicht nachhaltig und sehr kurzfristig und integrationsstörend“, sagt Gahleitner-Gertz, „weil die Familie ist ein ganz wesentliches Element für eine erfolgreiche Integration.“

Das Aussetzen des Familiennachzugs sei zudem „mit Anlauf rechtswidrig“, ist der Asylrechtsexperte überzeugt. Ins gleiche Horn stößt Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser, die Grundwerte missachtet sieht, „wenn der Familiennachzug für anerkannte Flüchtlinge gestoppt wird“. Gerade aus integrationspolitischer Sicht ist auch für sie „die Familienzusammenführung hilfreich und beschleunigt die Integration massiv“.

Als Fortschritt im Regierungsprogramm bewertet die Diakonie-Direktorin das Bekenntnis zu einheitlichen Standards in der Grundversorgung und Obsorge ab dem ersten Tag für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Gahleitner-Gertz teilt diese Meinung, erinnert aber daran, dass es diese Zusage bereits im Regierungsprogramm von ÖVP und Grünen gegeben habe: „Also muss man einmal schauen, ob das Papier das wert ist, was draufsteht und was dann tatsächlich zur Umsetzung kommt“, meint er.

ÖVP-Handschrift

Daneben ortet er noch weitere grundsätzlich positive Punkte für eine bessere Ausgestaltung der Asylpolitik. Als Beispiele nennt Gahleitner-Gertz, dass bei der Versorgung von Geflüchteten in der Grundversorgung Mindestqualitätsstandards festgelegt werden sollen oder auch eine Inflationsabgeltung kommen soll – „das sind lauter kleine praktische Dinge, die, wenn sie kommen, tatsächlich gut sind“.

Außer Frage steht für Gahleitner-Gertz, dass dieses Kapitel die „Handschrift der ÖVP“ trage und in der aus den letzten Jahren von Innenminister Gerhard Karner gewohnten „robusten Sprache“ verfasst worden sei. Einen großen Unterschied zum Asylpapier aus den Verhandlungen zwischen FPÖ und ÖVP sieht Gahleitner-Gertz aber insofern gegeben, als die „Dreierkoalition klar beabsichtigt, das gemeinsame europäische Asylsystem umzusetzen, das war mit der FPÖ nicht der Fall“. *(WM)*

— KLIMA- & UMWELTSCHUTZ —

Hellgrünes Herz von ÖVP-SPÖ-Neos

Das ein Regierungsprogramm ohne grüne Beteiligung Klimaschutzmaßnahmen weniger Priorität einräumt, ist nicht zwingend, aber logisch. Nicht zwingend, da auch bei anderen Parteien (Ausnahme FPÖ) die Einsicht gewachsen sein sollte, dass Klimaschutz eine Zukunftsnotwendigkeit ohne parteipolitischen Mascherl ist. Logisch, weil es nach einer ÖVP-Grünen-Legislaturperiode, in der man sich entweder „Betonierer“ oder „Blockierer“ schimpfte, kein „Weiter wie bisher“ geben durfte.

Auch wenn das Wort „Klimaschutz“ kein dutzend Mal im ganzen Regierungsprogramm vorkommt, übertreiben die Grünen mit ihrem Vorwurf, die neue Regierung reiße Klimaschutzmaßnahmen mit der „Abrissbirne“ nieder. Umweltschutzorganisationen wie Global 2000, der WWF oder Greenpeace analysieren da differenzierter, bewerten die Klima- und Umweltschutzmaßnahmen als „durchwachsen“, sehen „Licht und Schatten“ und stellen „ein gemischtes Zeugnis“ aus: Unisono positiv wird das Bekenntnis zum Green Deal der Europäischen Union und zu einem Klimaschutzgesetz gesehen, auch wenn dieses jetzt nur mehr Klimagesetz heißt. Dass sich die Regierung zur Klimaneutralität 2040 bekennt, wird ebenfalls gelobt, so wie der geplante Ausbau erneuerbarer Energie, sowohl im Strom- als auch im Wärmebereich. Dass es dazu Förderungen brauchen wird, die laut Regierungs-

programm aber noch überprüft und „praxistauglich ausgestaltet“ werden müssen, schürt gleichzeitig Planungsunsicherheit für Unternehmen wie Private.

Im Unterkapitel Mobilität und Verkehr wird „die Beibehaltung und Weiterentwicklung eines leistbaren Klimatickets“ angekündigt – insofern droht auch diesem grünen Prestigeobjekt mit großer Breitenwirkung keine Abrissbirne. Bei der Filetierung des Klimaministeriums und der Aufteilung der Zuständigkeiten in die Ministerien für Landwirtschaft (Umwelt, Klima), Wirtschaft (Energie), Infrastruktur (Verkehr) kann man sicher von einer Zerschlagung sprechen.

Vorrang für Straßenbau

Die Befürchtung, dass mit der Einordnung der Klima- und Umwelttagenden ins Landwirtschaftsministerium auch deren Unterordnung einhergeht, ist begründet und muss erst durch eine anders gelebte Praxis entkräftet werden. Als größte Schwachstelle im Klima- und Umweltschutzkapitel identifizieren die Umwelt-NGOs das bei dieser Regierungskonstellation nicht überraschende Bekenntnis zu umstrittenen Straßenbauprojekten (etwa der Lobau-Autobahn). Hier zeige sich noch zu viel „altes Denken“, wird kritisiert. In einem anderen Fall ist dieses „alte Denken“ nach wie vor ein Umweltschutzgarant: Atomenergie bleibt auch laut diesem Regierungsprogramm tabu. *(WM)*

KLARTEXT

Von Wilfried Stadler

Faire Chance auf Neubeginn

Auch bei Regierungsprogrammen empfiehlt es sich, das Kleingedruckte zu lesen. Nach Lektüre der 211 Seiten konnte ich erleichtert resümieren: Ein guter Anfang ist damit gemacht. Die Dreierkoalition kam zu guter Letzt wohl auch zustande, weil allen Beteiligten dämmerte, wie gefährlich es gewesen wäre, in Brüssel von einem kämpferischen Anti-Europäer vertreten zu werden. Wir erleben ja in diesen Tagen, wie das transatlantische Wertebündnis mutwillig niedergedrumpelt wird: Da ist gemeinsames europäisches Handeln wichtiger denn je. Schon deshalb verdient die neue Bundesregierung eine faire Chance.

Das gilt auch für das wohl etwas voreilig kritisierte Kapitel Staatshaushalt. Die von Interimsfinanzminister Gunter Mayr definierten Ansätze zur Vermeidung eines EU-Defizitverfahrens sind ohnehin unumgänglich. Dass der Streichung des Klimabonus eine vorübergehend erhöhte Bankensteuer gegenübersteht, wurde diesmal klugerweise nicht zum Streitpunkt – wohl auch, weil Nationalbank-Gouver-

neur Robert Holzmann dafür durchaus sachgerechte Argumente lieferte. Auch die Sistierung der Ausschüttung des letzten Drittels der beseitigten kalten Progression ist schlicht ein Gebot der Stunde.

Ob die durchaus ambitioniert angepeilten Einsparungen in der öffentlichen Verwaltung tatsächlich gelingen, muss derzeit noch ebenso offenbleiben wie die Frage, ob durch echte Strukturreformen genügend Mittel für all die angepeilten bildungspolitischen, infrastrukturellen, sicherheits- und umweltpolitischen Investitionen freigespielt werden können.

Umso entscheidender wird es sein, dass das Dreierbündnis mit genügend Verantwortungsbewusstsein und Teamgeist gerüstet ist, um über eine ganze Legislaturperiode abseits reinen Parteiinteresses für das Staatsganze zu arbeiten. Wir wollen hoffen!

Der Autor ist Ökonom und Publizist.

